BERLIN-EXPRESS

Samstag, den 11. April 1981

Herausgeber: Berliner Mieterverein, Spichernstr.12, 1000 Berlin 30

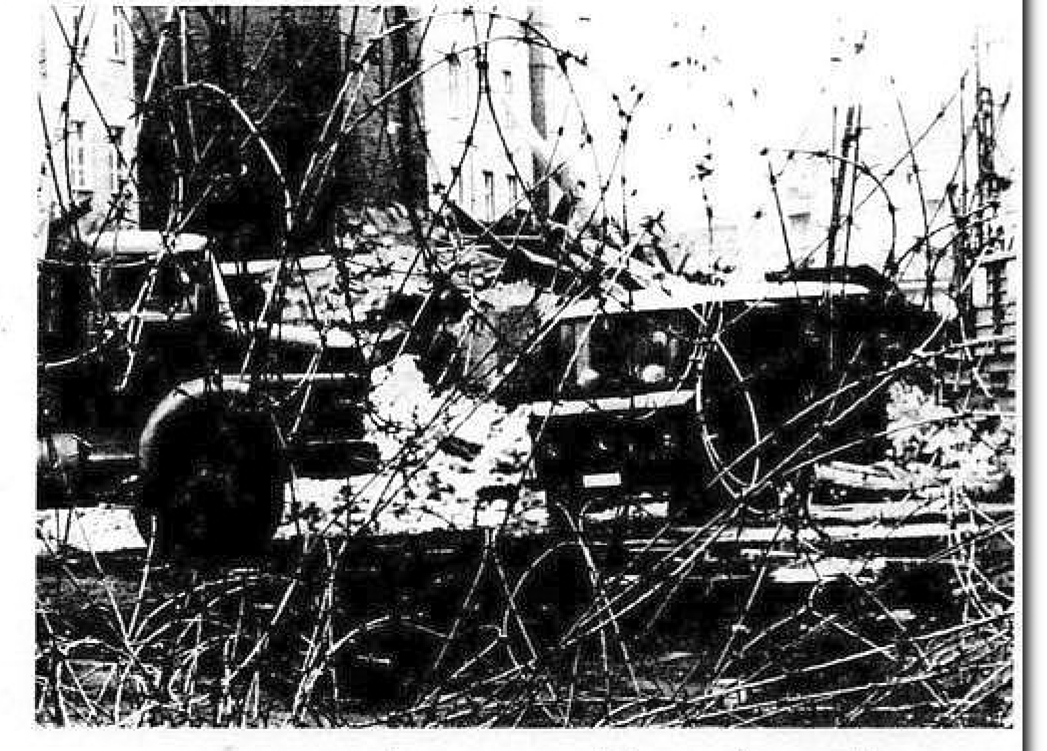
Für eine wirkliche Wende in der Wohnungspolitik! Solidarität mit den Instandbesetzern!

Wie im Krieg

Ruinen und Trümmer, verfallene Häuser, im Schutt suchen Menschen nach brauchbaren Resten. Ein alltägliches Bild in Kreuzberg, im Wedding und in anderen Sanierungsgebieten. Viele Straßenzüge hier erinnern an die Zeit nach dem Kriege. Dieser Krieg wird von Politikern, Spekulanten und Wohnungsbaugesellschaften geführt, hier in Berlin, mitten im Frieden.

„Wie im Krieg", äußerten auch Sanierungsbetroffene, die im Auftrage des Senats von Berlin über ihre Erfahrungen befragt wurden.

Und wer am vergangenen Montag zwischen dem Moritzplatz und dem Oranienplatz das Heerlager von 1000 Polizisten sah, die aufgeboten wurden, um ein besetztes Haus in der Luckauer Straße zu durchsuchen und alle, die sie dort fanden festzunehmen, der dachte auch: „Wie im Krieg!"



Diesen „Krieg" führen Wohnungsspekulanten, Politiker und Wohnungsbaugesellschaften bereits seit Jahren.

Gegen Mieter

Die Kahlschlagsanierung der vergangenen Jahre hat das Bild dieser Stadt nachhaltiger verändert als die Schäden des letzten Weltkriegs. Ganze Häuserzeilen wurden abgerissen und durch „Wohnmaschienen" aus Beton ersetzt, die ehemaligen Mieter leben heute vereinzelt, entwurzelt und zu doppelten Mieten in anonymen Neubauten. Die grosse Mehrheit von ihnen würde lieber wieder in Altbauwohnungen wohnen. Aber die sind abgerissen. Der „Kahlschlag" wurde zwar mittlerweile eingeschränkt. Die Politiker reden jetzt gerne von „behutsamer Stadterneuerung". Doch die Mieter leiden weiter: Verunsicherung, Umsetzung, unzumutbare Wohnverhältnisse in halbentmieteten Häusern, skrupellose Entmietung Die Eigentümer lassen ihre Häuser bewußt verrotten, um nachher höhere Subventionen für ihre Reparatur zu kassieren oder den Abriß und lukrativen Neubau durchzusetzen.Und nicht zuletzt: Eine riesige Zahl von leerstehenden Häusern, während Tausende nach einer Wohnung suchen.

Was die Mieter selber wollen, danach werden sie noch immer nicht gefragt. Planer setzen ihnen ihre Modelle vor und stellen sie vor vollendete Tatsachen. Die Betroffenenbeteiligung ist nichts als ein schönes Wort geblieben. Möglichst teure und aufwendige Modernisierungsmaßnahmen bringen den Eigentümern die höchsten Subventionen und Profite und steigern gleichzeitig die Mieten ins Astronomische. Die staatlichen Förderungen fördern vor allem die Spekulation. Die Bürger müssen es doppelt bezahlen, mit ihren Steuern und dann mit ihren Mieten.

Seit Jahren wehren sich Mieterinitiativen und -organisationen gegen diese Politik und machen Vorschläge für eine an den Interessen der Betroffenen orientierte und billigere Wohnungspolitik. Auch die Verantwortlichen sprechen heute von einer verfehlten Wohnungspolitik. Doch zu tatsächlichen Veränderungen lassen sie sich nicht hinreissen. Anläßlich der Neuwahlen werden lediglich kosmetische Maßnahmen angeboten.

Doch was wir brauchen ist eine grundsätzliche Veränderung, eine wirkliche Wende in der Wohnungspolitik. Und wir werden sie gemeinsam erreichen.



... und gegen Hausbesetzer

Die Fakten sind bekannt: 80.000 Wohnungssuchende, 800 leerstehende Häuser, 135 Häuser wurden in den vergangenen Monaten instandbesetzt von Wohnungssuchenden, vor allem jungen Leuten. Sie wollen die leerstehenden Häuser ihren Bedürfnissen entsprechend reparieren und dort nach ihren eigenen Vorstellungen zusammenleben. Schon jetzt beweisen die Instandbesetzer, daß Instandsetzung und Modernisierung auch sehr viel billiger und in direkter Abstimmung mit den Erfordernissen der Bewohner von diesen in eigener Regie zu bewerkstelligen sind.

Der Senat und die Wohnungsbaugesellschaften, die von den Besetzern mit ihrer praktischen Form von Protest auf offensichtliche Versäumnisse und Fehler gestoßen wurden, reagierten zunächst hilflos. Sie gestanden Fehler ein und selbst der CDU-Kandidat Weizsäcker erkannte, daß es sinnlos sei, Häuser zu räumen solange sie weiterhin leerstehen.

Doch anstatt konstruktiv auf die Kritik und das Engagement der Besetzer zu reagieren, hielten sie die Besetzer, die eine Legalisierung ihrer Wohnverhältnisse forderten hin und machten ihnen Schwierigkeiten wo sie konnten. Als dann kurz vor Weihnachten unter dubiosen Umständen ein kurz zuvor besetztes Haus geräumt wurde, brach sich die Wut und Enttäuschung der Besetzer und ihrer Freunde Bahn. Die Presse und die Politiker hatten endlich was sie brauchten: „Krawall, Chaoten, Kriminelle!" Die Ursachen der Misere konnten in den Hintergrund treten, zum Problem wurde nun „der Mob der Straße" erklärt. Es wurde geprügelt und verhaftet und gegen einzelne wurden Urteile verhängt, die von den Besetzern nur als Provokation verstanden werden konnten.

In den letzten Wochen erreichte diese Strategie der gewaltsamen Provokation neue Höhepunkte. Drei Häuser am Fraenkelufer wurden mit der Dampframme aufgebrochen und geräumt. Die Besetzer wurden an den Haaren herausgezogen.

Am vergangenen Freitag dann veranstaltete die Staatsanwaltschaft bei der Durchsuchung von fünf besetzten Häusern in Kreuzberg eine Demonstration der Staatsgewalt, die an Bürgerkrieg erinnern mußte. 1000 Polizisten wurden eingesetzt, ein ganzer Stadtteil stand praktisch unter Ausnahmezustand. Insgesamt 155 Personen wurden an diesem Tag festegenommen, darunter der gesamte Besetzerrat von Vertretern aller besetzten Häuser. Gegen sie wird nun wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt (§129).

Insgesamt sind im Zusammenhang mit den Instandbesetzungen mehr als 400 Verfahren eingeleitet worden. Über 20 Leute sitzen in Haft. Es wurden drakonische Urteile gegen Einzelne gefällt.

Die Besetzer fühlen sich zu recht bedroht und betrogen. Ihre Hauptforderung, die Gefangenen freizulassen und die Verfahren einzustellen, wurden bisher von den Politikern nicht einmal zur Kenntnis genommen, geschweige denn erfüllt.

In dieser Situation ist es nur allzu verständlich, daß für die Besetzer Verhandlungen mit dem Senat über die Legalisierung einzelner Häuser nicht in Frage kommen. Der Senat muß sich politisch zu den Forderungen der Besetzer verhalten. Eine friedliche und politische Lösung wird wohl nur zustande kommen, wenn es für ihn aussichtslos erscheint, die Instandbesetzer als kriminelle Elemente auszugrenzen und das Problem polizeilich, d.h. gewaltsam zu lösen. Dazu sind die Instandbesetzer auf die Unterstützung dieser Öffentlichkeit angewiesen.

Instandsetzung statt Kriminalisierung!

Politische statt polizeiliche Lösungen!



Wohin geht die Wohnungspolitik

CDU will Berlin und seine Mieter in die Pleite treiben

50.000 Neubauwohnungen verspricht die CDU den Wählern bis 1985, ohne sie allerdings zu fragen, ob sie überhaupt derartig viele Neubauten haben wollen. Wir wollen dem Wähler die Entscheidung einfacher machen 50.000 Neubauwohnungen kosteten nach heutigen Preisen schon 12,5 Milliarden Mark. Bis 1985 müßten so in drei Jahren für jeweils vier Milliarden Mark Neubauten erstellt werden. Soviel Geld gibt es nie und nimmer. Zudem würden die Belastungen der Haushalte durch die enormen, aber notwendigen Mietensubventionen ins Unermeßliche steigen. Die Baupreise, die jetzt schon zu einer „Kostenmiete" von 25,- DM pro Quadratmeter führen, dürften explodieren, da soviel Baukapazitäten Berlin nicht hat. Dafür würden sich aber die Baugesellschaften dumm und dämlich verdienen. Auf die Frage, was in dieser Zeit aus den hunderttausenden Berliner Altbauwohnungen wird, gibt die CDU keine Antwort. Die Reparaturrückstände wegen vernachlässigter Instandhaltung belaufen sich für 150.000 Altbauwohnungen auf ca. 4 Milliarden Mark, die sofort in die Altbauten, den wegen seiner günstigen Mieten wirklich sozialen Wohnungsbau, gesteckt werden müßten. Man merkt schnell, daß sich das nicht miteinander verträgt und wem die Vorschläge der CDU nutzen.
Bausenator Ullrich (SPD) machte dagegen einen besonders mieterfreundlichen Vorschlag: im „Sozialen" Wohnungs bau soll die Ausstattung der Wohnungen verringert werden, um so Geld zu sparen. Für die schlechtere Ausstattung muß der Mieter allerdings die gleiche Miete zahlen wie bisher, zur Zeit sieben bis neun Mark warm pro qm. Wenn das die neue Wohnungspolitik der SPD ist, wird sich ihre Wählerschaft wohl bald nach was wirklich Neuem umsehen.

So wird Wut und Haß erzeugt

Erklärung von Kreuzberger Mieterinitiativen zu den Durchsuchungen in Kreuzberg vom 7.4.81

(1)Als Personen und Gruppen, die wir uns seit Jahren in Stadtteilinitiativen und Betroffenenorganisationen für eine bessere und sozialorientierte Stadterneuerungspolitik einsetzen, sind wir von den Massenfestnahmen und einem bisher nicht da gewesenen Polizeiaufmarsch zutiefst betroffen und empört, da diese Art der Demonstration der Staatsgewalt unsere eigene Arbeit gefährdet und zunichte macht.

(2)Uns drängt sich mehr und mehr die Überzeugung auf, daß mit derartigen, massiven Einschüchterungen und Kriminalisierungen eine friedliche Verhandlungslösung für die besetzten Häuser nicht nur unmöglich gemacht wird, sondern fast nur noch als wahltaktisches Täuschungsmanöver verstanden werden kann.

(3)Wenn bürgerkriegsähnliche Ausnahmezustände zur Regel werden, in denen ganze Stadtteile in militärischer Form ganztägig abgeriegelt werden, dann wird die in der jetzigen Situation besonders notwendige Glaubwürdigkeit des Senats restlos zunichte gemacht. Statt zerstörtes Vertrauen zurückzugewinnen, wird so Wut und Haß erzeugt. Bei den seit Jahren durch die Sanierung verunsicherten Bürgern werden durch derartige Einsätze Angst und Resignation verstärkt. Dieses Klima trifft die Bereitschaft und den Mut vieler Mieter, sich mit Verfehlungen und Versäumnissen der offiziellen Politik auseinanderzusetzen.

(4)Die Festnahme des gesamten Besetzerrates und weiterer Unterstützer in der Luckauer Straße läßt die bisher betonte Verhältnismäßigkeit der Mittel als Farce erscheinen. Der Aufwand steht weder in einem Verhältnis zum Anlaß noch zum Ergebnis dieser Durchsuchungen.

(5)Das übertriebene Vorgehen der Staatsanwaltschaft und der Polizei stehen für uns im krassen Widerspruch und in keinem Verhältnis zu den Unterlassungen einer versprochenen Verbesserung der Stadterneuerungspolitik. Statt endlich eine wirkliche Wende ernsthaft und unmittelbar herbeizuführen, werden jene, die Mißstände und Versäumnisse anprangern, und die als Verhandlungspartner angesehen wurden, unter Zuhilfenahme des § 129 (kriminelle Vereinigung) kriminalisiert. Dies richtet sich auch gegen viele von uns, die Instandbesetzungen unterstützt bzw. mitinitiiert haben.

(6)Es besteht die Gefahr, daß alle bisherigen Bemühungen um eine politische Lösung und die vorhandene Gesprächs- und Vermittlungsbereitschaft einen Rückschlag erhalten und nur noch Ablehnung und Verweigerung übrig bleiben.

(7)Wir nehmen diese Ereignisse und unsere einmütige Ablehnung zum Anlaß, unsere Zusammenarbeit als aktive Gruppen in SO 36 zu verstärken und unsere Forderungen nach einer wirksamen Veränderung der Stadterneuerungspolitik und weitergehenden Beteiligung von Betroffenen nachdrücklicher zu vertreten.
Berlin 36, den 8. April 1981

BÜRGERINITIATIVE SO 36
VEREIN SO 36
MIETERLADEN DRESDENER STRASSE
MIETERGRUPPE MARIANNENPLATZ-NORD
WOHNEN UND LEBEN e.V.

Weißer Kreis durch die Hintertür ?

Sind politische Mietenbetrüger am Werk?

Der am vergangenen Donnerstag Initiativantrag aller drei Fraktionen zur Verlängerung der Mietpreisbindung bis 1990 bringt keinerlei Sicherheit über die zukünftige Entwicklung der Mietpreise im Altbau. Völlig offen bleibt, ob die jetzigen Miethöhen erhalten bleiben oder ob mit drastischen „mietpreisgebundenen" Mieterhöhungen zu rechnen ist. Denn die Politiker stellten ausdrücklich fest, daß die „Wirtschaftlichkeit des Altbaus", das heißt die Profite der Hausbesitzer, gesichert werden müßte.
Besonders heftig kritisiert der Berliner Mieterverein, mit 20000 Mitgliedern Berlins größte Mieterorganisation, daß sich die Fraktionen nicht über klare Aussagen zur Mietpreisbindung einigen konnten. Die Vorstellungen der Berliner CDU, dem Namen nach den Begriff Mietpreisbindung beizubehalten, allerdings ab 1983 die freiwerdenden Wohungen aus der Mietpreisbindung zu entlassen, hält der Berliner Mieterverein für Etikettenschwindel und ein wahltaktisches Manöver. Die Folge einer solchen Regelung wird sein, daß bei Neuvermietungen sich die Mieten innerhalb kürzester Zeit verdoppeln und verdreifachen. Die 80.000 Wohnungssuchenden, die jetzt schon nur unter größten Schwierigkeiten eine Wohnung finden, werden dann von den Vermietern voll zur Kasse gebeten, da die Miete frei vereinbar ist, was unter der heutigen Wohnungsnot nur heißen kann: frei erpressbar!
Einkommenschwache Bevölkerung Rentner, junge Leute und hinzuziehende Arbeitskräfte werden unter diesen Bedingungen kaum noch eine Wohnung g zu einer tragbaren Miete finden. Ein Umzug kommt für viele Mieter dann nicht mehr in Frage.
Vermieter werden versuchen, sollte diese Regelung Gesetz werden, die Mieter mit allen möglichen Tricks aus den Wohnungen herauszukündigen, um dann ab 1983 diese gewinnbringend neu zu vermieten. Bis 1983 wird sich unter diesen Umständen der Leerstand von Altbauwohnungen vervielfachen, da kein Vermieter mehr an einer Vermietung unter der alten Mietpreisbindung interessiert sein dürfte. Diese Mietpreisbindung bringt keinen Schutz für die Mieter, sondern führt zu einer gewaltigen Kündigungswelle Einfach „vergessen" haben die drei Abgeordnetenhaus Parteien die ungerechte Stichtagsmiete aufzuheben und den generellen Kündigungschutz der Altbaumieter bei Umwandlung in Eigentumswohnungen zu verlängern. Stattdessen brachte der Bausenator im Bonner Bundesrat eine klare Schlechterstellung der umwandlungsmieter Mieter als Gesetzentwurf ein.
Auch hier wieder große Töne des Senats, mit denen von eindeutigen Verschlechterungen abgelenkt wird.